

■ AUS BERNER SICHT

Verkehr guckt
in die Röhre(n)

VON HANSPETER GUGGENBÜHL



Der Schweizer Boden ist begrenzt. Und vielerorts schon überfüllt. Davon zeugen etwa die länger werdenden Staumeldungen am Radio.

Die Verkehrsplaner verfrachten darum Menschen und Güter vermehrt unter den Boden: Im Januar erfolgte der Durchbruch der Basistunnel unter dem Ceneri. Im Februar stimmen wir über die zweite Strassenröhre durch den Gotthard ab. Im Juni werden die Neat-Tunnel zwischen Erstfeld und Biasca eröffnet. Und jetzt wollen Staats- und Privatunternehmen unter der Marke «Cargo sous terrain» auch noch eine Röhre unter das Mittelland bohren, um die Güterströme zwischen Genf und St. Gallen in unterirdische Bahnen zu leiten. Das freut die Bauwirtschaft, die damit weitere 35 Milliarden verlocken kann. Ebenfalls begeistert sind die Verkehrsverbände bis hin zum grünen VCS, weil es damit auf den Strassen mehr Platz für Autos gibt. Denn der Güter- und Personenverkehr, so prophezeien Bund und Hochschulen unisono, wird bis 2030 massiv weiter wachsen.

Bei dieser Tunnel-Faszination bleiben wesentliche Fragen auf der Strecke: Warum wächst der Verkehr überhaupt und wozu? Müssen wir das Angebot vergrössern, weil der Verkehr wächst? Oder wächst der Verkehr, weil wir das Angebot erhöhen? Wäre es nicht billiger, den gesamten Transport mit Mobility-Pricing verursachergerecht zu verteuern? Weshalb subventionieren wir lange Pendelwege und globale Güterströme auf Kosten des lokalen Warenhandels?

Der Röhrenblick in der Verkehrspolitik übersieht die naheliegenden Fragen und verbaut damit weitsichtiger Lösungen.

Hanspeter Guggenbühl ist freier Journalist und Mitarbeiter der «Südostschweiz».

■ SCHWEIZERHÖFLI

Keine Richter!



VON MARC SCHWITTER

Am Stammtisch. Koni nimmt das Abstimmungs-couvert hervor. «Du hast hoffentlich richtig abgestimmt?» Peter seufzt. «Du meinst wohl betreffend der Durchsetzungsinitiative?» Koni nickt. «Genau! Wir wollen keine fremden Richter!» Peter: «Mein lieber Koni, hier geht es nicht um fremde Richter, sondern um eigene.» Koni: «Eigene Richter? Noch schlimmer, die wollen wir auch nicht.»

Peter bestellt ein Glas Wein und schüttelt den Kopf. «Es geht darum, dass Richter über Angeklagte urteilen, und diese nicht automatisch verurteilt werden.» Koni nimmt einen Schluck Bier. «Richter ... So ein Seich! Das Volk bestimmt in der Schweiz.» Peter überlegt. «Ja, das Volk erlässt Gesetze. Und Richter wenden sie in der Rechtsprechung an. So funktioniert unser bewährtes System. Dem sagt man übrigens Demokratie.» Koni kratzt sich am Kopf. «Wenn das Volk keine Richterentscheidungen will, dann sind Richter undemokratisch. Punkt.» Peter spielt nervös mit dem Bierdeckel: «Ich weiss nicht, wie ich das in deinen populistischen Schädel bringe, aber irgendwie muss das doch verständlich sein. Dort, wo der Gesetzgeber, die Richter und die politische Führung dieselbe Instanz sind, haben wir es mit Diktaturen und Terrorgruppen zu tun.» Koni atmet tief durch. «Vielleicht hast du recht. Das Volk sollte nicht alles entscheiden. Kann das nicht der Blocher machen?» Peter: «Hä?» Koni: «Der hat doch Jus studiert, kommt aus dem Volk und war auch Politiker. Alle Gewalten spielen zusammen, so richtig demokratisch.»

Peter schüttelt den Kopf, legt den Bierdeckel auf den Tisch und nimmt sein Glas in die Hand. «Ok, vergessen wir das mit der Demokratie. Lass einfach dein Stimmcouvert hier liegen, damit es keinen Schaden anrichtet. Zum Wohl!»

Marc Schwitter arbeitet unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. www.textpingpong.ch.

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GORAN VULOVIC

Durchsetzungsinitiative
und die X-Men

Letzten Samstag entschloss ich mich, meine Wohnung zu putzen. Dabei hatte ich die spontane Eingebung, an diesem Samstagmorgen alle jene Samstagmorgen meiner glücklichen Kindheit zu ehren, indem ich statt Musik einen Zeichentrickfilm im Hintergrund aufspielen liess. Einer meiner damaligen Lieblingscartoons war «X-Men». Vielleicht kennen einige unter den Lesern diesen Marvel-Comic, der bis in die Gegenwart mal besser, mal schlechter von Hollywood verfilmt wurde – an den Charme der «Animated Series» aus den 1990ern kommt keine Verfilmung ran.

In der Welt von «X-Men» hat sich ein kleiner Teil der Erdbevölkerung evolutionär weiterentwickelt, sodass er nun übermenschliche Kräfte besitzt. Da dem Grossteil dieser sogenannten «Mutanten» ihre Andersartigkeit äusserlich nicht anzusehen ist und sie als potenzielle Gefahr für die Gesellschaft angesehen werden, verabschiedet der US-amerikanische Staat ein Gesetz, das die verbindliche Registrierung aller mutierten Menschen vorschreibt. Einige «böse» Mutanten wollen mit Gewalt gegen diese ihnen feindlich gesinnte Regierung vorgehen. Die «X-Men» sind wiederum eine Gruppe von «guten» Mutanten, die versuchen, diesen unvermeidlichen Bürgerkrieg zwischen Normalos und Sonderlingen zu verhindern.

Während ich also beim Putzen den ersten Episoden der Staffel 1 horchte und ab und zu einen Blick auf die steife Animation warf, musste ich unweigerlich an die Durchsetzungsinitiative denken. Der Versuch einer Analogie:

Die Initiative der SVP und das Registrierungs-gesetz in «X-Men» gehen von der gleichen Prämisse aus: Ausländer (auch Secondos) beziehungsweise Mutanten stellen eine prinzipielle Gefahr für das Allgemeinwohl dar, da ihr kriminelles Potenzial angeboren und daher als sehr hoch einzuschätzen ist (füge beliebige manipulierte Statistik hier ein). Diese präsupponierten Verbrecher gilt es juristisch als solche zu markieren.

Ausländer beziehungsweise Mutanten befürchten verständlicherweise, dass ihre ohnehin schwierige Lage als gesellschaftliche Aussenseiter dadurch noch unerträglicher wird. Verunsicherte Mutanten, die ihre Superkräfte nie für kriminelle Zwecke missbraucht haben, fragen sich in «X-Men» dasselbe wie alle meine befreunden Secondos, die aus verschiedenen Gründen noch keine Schweizer Staatsbürgerschaft haben: Weshalb gebärdet sich die Mehrheit uns gegenüber so? Die Antwort ist in

der fiktiven Welt der Zeichentrickserie dieselbe wie in der realen: Furcht – so banal, wie eben komplexe sozialpsychologische Vorgänge einem jugendlichen Zielpublikum vermittelt werden müssen, und gleichzeitig doch so folgerichtig und präzise.

Viel interessanter in dieser Analogie ist die Rolle der «bösen» Mutanten, die gewaltbereiten Widerstand gegen die Regierung leisten. Das sind keine prototypischen Bösewichte, die aus überzeugter Schlechtheit handeln, sondern gebrannte Kinder, die wegen ihrer Andersartigkeit geplagt, benachteiligt und verfolgt wurden. Bezeichnenderweise ist der Anführer dieser Widerstandskämpfer Jude und hat als Kind den Holocaust überlebt.

Diese Mutanten wurden also so lange in eine Parallelgesellschaft gedrängt, bis sie diese als Heimat annahmen und sie nun gegen jeglichen staatlichen Eingriff mit allen Mitteln verteidigen. Und genau auf dieses Szenario wird in der Diskussion über die Abstimmung am 28. Februar kaum hingewiesen. Natürlich geht es um Fragen der Rechtsstaatlichkeit, aber auch um die Signalwirkung, die diese eigentliche Ausgrenzungsinitiative langfristig einem grossen Teil der Schweizer Bevölkerung vermittelt, nämlich dass in der Schweiz gefälligst eine Dreiklassengesellschaft herrschen soll: In die erste Klasse fallen die ethnischen Schweizer (ich bin mir bewusst, wie absurd sich das liest), wahlweise «Eidgenossen» genannt; in die zweite die eingebürgerten Schweizer, die sogenannten «Eingekauften» oder «Papiarlischwizer»; und in der dritten Klasse soll die erste, zweite, dritte Generation der Ausländer ohne Schweizerpass zeit lebens unterwürfig, dankbar und arbeitsam sein oder ansonsten dorthin zurückkehren, woher sie, ihre Eltern oder Grosseltern hergekommen sein mögen.

Dabei gilt es, die Grenzen zwischen den jeweiligen Klassen wie jene der Schweiz allmählich dichtzumachen. Sei es durch mediale Hetze, mit erschwertem Einbürgerungsverfahren, SVP-Initiativen oder anderen Mitteln zur Desintegration. Übrigens mündet die erste Staffel von «X-Men» in die nahende Apokalypse.



*Goran Vulovic ist Gymnasial- und Berufsschullehrer, Rapper unter dem Namen Milchmaa und wohnt in Zürich.

■ TWEETS
DER WOCHE

«9 von 10 Schweizer/innen würden trotz Grundeinkommen arbeiten; 1 von 10 bleibt Politiker.»

Die Landesregierung (@Bundesrat_CH) – ein Scherzaccount – zieht eigene Schlüsse aus einer telefonischen Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut Demoscope zum Thema Grundeinkommen.

«#Auschwitz sollte uns mahnen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit jeder Art entschieden entgegenzutreten. Jetzt mehr denn je.»

Robin (@Der_Hutt) mit deutlichen Worten zum Jahrestag der Auschwitz-Befreiung. 71 Jahre ist es her, seit Soldaten der Sowjetarmee das NS-Konzentrationslager Auschwitz einnahmen und die überlebenden Gefangenen befreiten.

«Joggen macht nur dann Sinn, wenn du dabei eine Geschwindigkeit erreichst, die bewirkt, dass du atmungsaktiver bist als deine Kleidung.»

Grantscherm (@Grantscherm) über den Sinn des Joggens. Gar nicht so einfach, mehr zu atmen als die moderne Sportbekleidung von heute...

«Schluss mit Softdrinks bei Novartis. Jetzt gibts nur noch Billigmarke Cristalp von Néstle für Medienmeute. Unter Vasella gabs Pepsi und Co.»

Novartis-Chef Joseph Jimenez ist Journalisten gegenüber nicht so grosszügig wie sein Vorgänger. Das musste auch Journalist Ulrich Rotzinger (@regniztor) feststellen.

«Die einen denken in Grenzen, die anderen in Möglichkeiten.»

Angesichts der Flüchtlingskrise in Europa wird der Tweet der «Zauberschönen» (@unfasslichkeit) lange nicht an Aktualität verlieren.